

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzel Heft, bei Bestellungen 1,00 RM. zusätzlich. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postanstalten und Post-Geschäftsstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Preissteigerungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Abzugspreis: die 8 gepaltene Raumzeit 20 Kops., die 4 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gepaltene Reklamenseite im letzten Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Abzugspreis: die 8 gepaltene Raumzeit 20 Kops., die 4 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gepaltene Reklamenseite im letzten Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Abzugspreis: die 8 gepaltene Raumzeit 20 Kops., die 4 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gepaltene Reklamenseite im letzten Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 279 — 92. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresd. Postfach: Dresden Donnerstag, den 30. November 1933

## Die Stellung wird gehalten!

Wie oft war es im Weltkrieg gar nicht so schwer und verlustbringend, eine feindliche Stellung zu erobern — aber sie zu halten, machte um so größere Schwierigkeiten, führte oft zu starken Verlusten! Ein wenig paßt das auch auf die große „Arbeitschlacht“, auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Mit gewaltigem Elan erfolgte der Angriff auf diese millionenschwere Not, und tief hinein ging der Stoß in das Gelände, daß sich die Arbeitslosigkeit Jahr um Jahr in größerem Umfange erobert hatte. Und nun, da der Winter herannahet, und zwar nicht ein Nachlassen der „Arbeitschlacht“, wohl aber so etwas wie einen Übergang zum Stellungskrieg, zur Verteidigung des eroberten Gebietes erzwingt, läßt sich der volle Erfolg des Kampfes übersehen.

Ende Oktober dieses Jahres sind in der deutschen Wirtschaft rund vierzehn Millionen Beschäftigter vorhanden, die als solche bei den Krankenkassen versicherungspflichtig sind und daher genau registriert werden. Es sind also die Massen der Arbeiter und Angestellten. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es noch rund 1,15 Millionen weniger, und am Tage der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus sogar 2,575 Millionen weniger — um 2,575 Millionen also ist seit dem 31. Januar dieses Jahres die Zahl der Beschäftigten in Deutschland gestiegen. Um 22,4 Prozent! So groß ist also der Umfang des Gebäudes, das von der Not und der Arbeitslosigkeit befreit war und nun im Laufe des Jahres erobert werden konnte. Die Biffer der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen ist um 2,17 Millionen gesunken, aber noch weitere 400 000 Mann konnten Arbeit finden, die aus irgendwelchen Gründen sich nicht gemeldet hatten und aus dem Gebiet der „unsichtbaren Arbeitslosigkeit“ kamen.

Wir wissen ja aus langjähriger, durch Deutschlands Klima und Wirtschaftsstruktur geschaffene Erfahrung, daß leider bei Herannahen des Winters zahlreiche „Außenberufe“ oder Saisonbetriebe zur mehr oder minder großen Freisetzung von Arbeitskräften gezwungen sind. Das ist also sozusagen naturnotwendig, aber das ganze Programm der „Abwehrschlacht“ gegen ein erneutes Vordringen der Erwerbslosigkeit ist ja nun abgestellt, einerseits darauf, dieses Steigen der Arbeitslosenziffer in den Außenberufen möglichst gering werden zu lassen, und andererseits darauf, die Beschäftigung in jenen Betrieben weiter zu steigern, die solchen natürlichen Saison-Einflüssen nicht oder nur wenig unterliegen. Noch im Winter 1931/32 war die Arbeitslosigkeit sehr stark gestiegen, weil zu diesem für fördernden Saison-Einflüssen auch noch die Wirkung der Wirtschaftskrise hinzutrat, die auch in jenen anderen Betrieben die Zahl der Beschäftigten erheblich verminderte. Das war schon im vergangenen Winter erheblich anders geworden, weil sich die krisenhafte Verschlechterung des Arbeitsmarktes in weit geringerem Maße bemerkbar machte. Inzwischen ist hier überhaupt eine Wendung, eine Besserung der Konjunktur — wenn auch eine langsame — eingetreten, und man hofft, daß im vor uns stehenden Winter sich eine Steigerung der Arbeitslosenziffer überall dort zum mindesten vermeiden läßt, wo es sich nicht um „Saisonbedingte“ Betriebe der Außenberufe handelt. Ganz im Gegenteil! Man will es vielmehr erreichen, daß von dieser Seite her durch vermehrte Arbeitsbeschaffung der Druck nach oben gemildert wird, den der kommende Winter auf die Arbeitslosenziffer ausübt.

Genauere Zahlen darüber, wie groß die Verminderung der Erwerbslosigkeit bei den Saisonarbeitern und wie groß sie bei den übrigen, also den hauptsächlich industriellen Betrieben ist, liegen vorläufig nicht vor, aber aus den Angaben über diesen Rückgang in den einzelnen deutschen Landesstellen läßt sich doch entnehmen, daß auch in den Gebieten mit starkem industriellen Einschlag die Zahl der Beschäftigten sehr erheblich gestiegen ist, und vielleicht ist die Schätzung richtig, daß von den nicht saisonmäßig bedingten Betrieben im Laufe des Jahres etwa eine Million Arbeitskräfte neu eingestellt worden sind. Sie sollen und müssen über den Winter gehalten werden, bis im nächsten Frühjahr die neue Offensive in der Arbeitschlacht anhebt.

Instandsetzungsarbeiten und Umbau von Wohnungen sollen ein allzu starkes Anschwellen der Winter-Arbeitslosigkeit im Baugewerbe verhindern. Die vorgesehenen umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden weiter durchgeführt. Freiwilliger Arbeitsdienst und Reichsarbeitsdienst u. a. auch der Kommunen und schließlich die zahlreichen Steuererleichterungen sollen dabei mitwirken, die Arbeitslosenziffer möglichst niedrig zu halten, — zum großen Teil aber in dem Sinne die wirtschaftliche Belebung der Wirtschaft, die Besserung der Konjunktur und damit ein natürliches Steigen der Beschäftigung und der Beschäftigtenzahl herbeizuführen.

Aber auch jeder Deutsche, auf dem im Winter noch das schwere Los der Arbeitslosigkeit lastet, braucht nicht zu verzweifeln; denn vor ihm steht namens unseres Volkes das Versprechen und die Mahnung des Führers: Kein Deutscher und keine Deutsche dürfen im kommenden Winter hungern oder frieren!

## Absatzsteigerung, nicht Preiserhöhung.

### Der Reichswirtschaftsminister gegen Preissteigerungen.

Der Reichswirtschaftsminister hat bereits in seinem Erlass an die Spitzenverbände vom 30. August und erneut im Oktober dieses Jahres in der Öffentlichkeit eindringlich die Wirtschaft ermahnt, die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung nicht durch Preissteigerungen zu gefährden. In Verfolg dessen ist er gegen Maßnahmen von Verbänden, durch die Preise erhöht worden sind, in einer Reihe von Fällen eingeschritten, um die Preise wieder auf den früheren Stand zurückzuführen.

Soweit einzelne Wirtschaftszweige dem Verlangen der Reichsregierung auf Verbeibaltung des alten Preisstandes nicht entsprochen haben, beabsichtigt der Reichswirtschaftsminister mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Er hat bereits die Marktregelung eines Verbandes für nichtig erklärt und hat weiter die marktregelnden Verbände für Messingrohre, Schnellautomatenstahl, geschweißte Stahlrohre, Kohlebüchsen, Schleifmittel, gewisse Sorten von Dachpappen ersucht, die Preiserhöhungen binnen kürzester Frist rückgängig zu machen, andernfalls er schärfste Maßnahmen, die unter Umständen bis zur Aufhebung der Marktregelung gehen werden, ergreifen wird.

Was für die Warenpreise gilt, muß auch für die Preise für handwerkliche und sonstige gewerbliche Leistungen gelten. Der Reichswirtschaftsminister hat sich auch entschlossen, ein Verbindungsartikell der Bauwirtschaft wegen Gefährdung des Gemeinwohls für nichtig zu erklären, da bei einer Regelung den an der Verbindung Beteiligten durch das Kartell übersehene Preise vorgeschrieben und die Geheimhaltung der Vereinbarung zur Pflicht gemacht worden war.

Wenn auch nicht verkannt wird, daß durch den Kampf um den Absatz die Preise stark herabgedrückt worden sind, so kann der Ausgleich nicht durch Preiserhöhungen, sondern nur durch

eine Steigerung des Absatzes erreicht werden. Preiserhöhungen führen zur Schwächung der Kaufkraft. Die Beseitigung der Wirtschaftskrise kann aber nur durch eine Stärkung der Konsumkraft erzielt werden.

## Aus Belgien nichts Neues.

Humans über die belgische Außenpolitik.

Die mit Spannung erwartete Rede des Außenministers Humans in der Kammer über die belgische Außenpolitik beschäftigte sich, wie vorauszu sehen war, vornehmlich mit dem Verhältnis zu Deutschland. Humans ging u. a. auf die in einem Teil der öffentlichen Meinung verbreiteten Behauptungen über den Beginn einer Wiederaufrüstung Deutschlands, über die „militärischen Organisationen“ und über eine Verletzung des Locarno-Paktes ein. Was sei nun in der gegebenen Lage zu tun? Vor allem könne Belgien nichts allein tun. Jede Einzelaktion sei unmöglich, daher habe die Regierung in dauernder Fühlung mit den Mächten, namentlich mit Frankreich, England und Italien.

Eine Politik der Gewalt bedeute den Präventivkrieg, und der Präventivkrieg sei der Krieg schlechthin. Welche Regierung könne es wagen, eine solche Verantwortung auf sich zu laden? Der Minister wies dann ausführlich auf die Aussprache im französischen Parlament hin. Das Abrüstungsproblem müsse gelöst werden durch eine Konvention über Rüstungseinschränkungen, die dauernd überwacht werden müsse. Bevor jedoch die Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen werde, müsse durch diplomatische Verhandlungen die Grundlage für ein Abkommen geschaffen werden. Bei seinem Hinweis auf das Abkommen von Locarno, das aufrechterhalten werden müsse, erwähnte der Minister

die Bezirke Eupen und Malmedy.

Er betonte auffallend, daß die Grenzen dieser Bezirke gemäß dem Versailler Vertrag die Grenzen Belgiens seien. Der Rheinpakt habe diesen Zustand ausdrücklich anerkannt und garantiert. Im Falle einer flagranten Verletzung seien die Unterzeichner des Paktes zur unmittelbaren Hilfeleistung verpflichtet. Belgien und Frankreich müßten sich gegenseitig Beistand leisten und sie hätten wiederum Anspruch auf den Beistand Englands und Italiens.

## Das geistliche Ministerium der deutschen evangelischen Kirche zurückgetreten.

Amlich wird durch den Ev. PresseDienst gemeldet: Das geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche ist zurückgetreten. Der Reichsbischof hat die Rücktrittserklärung angenommen und die Mitglieder des geistlichen Ministeriums gebeten, bis zur Neubildung ihre Ämter weiterzuführen.

Die gestrige Meldung, daß Kirchenminister Hoffen selber zurückgetreten sei, entsprach nicht den Tatsachen.

## Einberufung des Reichstags zum 12. Dezember.

Der neugewählte Reichstag ist zu seiner konstituierenden Sitzung für Dienstag, den 12. Dezember, 15 Uhr, einberufen worden. Eine besondere Tagesordnung liegt nicht vor; jedoch erfolgt in dieser Sitzung, die vom bisherigen Reichstagspräsidenten Göring geleitet wird, die Konstituierung des Reichstags. Die Sitzung findet in den Räumen der Krolloper statt.

## Die Reichsbahn in der Arbeitschlacht.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn trat zu einer ordentlichen Tagung zusammen.

Der Verwaltungsrat begrüßte es, daß die Reichsbahn über die 1400 Millionen Mark hinaus, die für Arbeitsbeschaffungszwecke in diesem Jahre ausgeworfen werden, für Winterarbeiten zugunsten des Handwerks weitere 25 Millionen Mark hat bereitstellen können und in ihren Bemühungen fortfährt, weitere Beträge für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufzubringen.

Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung zu folgenden sozialen Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft:

Die Kündigungsfristen für die Reichsbahnarbeiter sollen angemessen verlängert werden und an Arbeiter mit langjähriger Dienstzeit gestaffelte Treuprämien gewährt werden. Die Auszahlung dieser Treuprämien an die in Frage kommenden Arbeiter soll noch vor Weihnachten erfolgen.

## Unfreundlichkeiten in der belgischen Kammer.

Uble Stimmungsmache gegen Deutschland.

In der Aussprache der belgischen Kammer über auswärtige Angelegenheiten glaubte auch der belgische Sozialist Vandervelde behaupten zu müssen, daß Deutschland wieder aufrüste. Belgien müsse sich daher an den Völkerverbund oder an den Internationalen Gerichtshof wenden, selbst wenn es diesen Schritt allein tun müsse. Der Versailler Vertrag sehe außerdem finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen gegen Deutschland für einen solchen Fall vor.

Der katholische Ballone Singot vertrat ebenfalls die Mär von der Wiederaufrüstung Deutschlands, aber er halte es nicht für zweckmäßig, daß Belgien allein protestiere. Viel besser würde es sein, wenn sich eine gemeinsame Front der anderen Mächte gegen Deutschland bilde. Man müsse mit den Germanen immer in der Sprache der Kraft sprechen.

Der nationalistische Flame Borginan erhob gegen diese Parolen Einspruch, indem er darauf hinwies, daß auch die Flamen Germanen seien. Diese Reden seien geeignet, im Lande eine panikartige Stimmung zu schaffen. Zum Schluß kritisierte er die Regierung wegen ihrer einseitigen und ausschließlich gegen Deutschland gerichteten Politik.

Der liberale Abgeordnete Marcel Faysar erklärte, daß Belgien seine Politik gegenüber der Regierung Hitler ändern müsse, und daß die in den Verträgen vorgesehenen Sanktionen angewandt werden müßten.

Denke an Weihnachten schon heute, und gib durch Aufräge Brot und Wärme deinen Volksgenossen!